

Die Hauptergebnisse der Monarchenbegegnung im deutschen Hauptquartier.

Die Polenfrage und das Friedensproblem.

Aus Wien wird uns telegraphiert:

Ungezwängt bleibt die öffentliche Aufmerksamkeit auf die in der Vorwoche abgehaltenen Beratungen im deutschen Hauptquartier gerichtet. Die Wichtigkeit der Gegenstände, die hiebei zur Erörterung gelangten und die große Bedeutung der schon jetzt erzielten Ergebnisse ist von amtlicher Seite mit großem Nachdruck betont, zugleich aber angedeutet worden, daß infolge der kurzen Zeit, die zur Verfügung stand, die Erörterungen zunächst bloß dem Ziele zustrebten, allgemeine Richtlinien zu gewinnen, um die später folgenden Verhandlungen über die Durchführung in einzelnen auf einen geraden und erfolgversprechenden Weg zu lenken. Das ist nun in der Tat in vollem Maße gelungen, und daraus erklärt sich die Befriedigung, mit der alle Teilnehmer an den Konferenzen auf sie zurückblicken, und ihre Zuversicht, daß das Einvernehmen zwischen den Verbündeten in allen Fragen auch im weiteren Verlaufe des Krieges durchaus gesichert und von keinen wie immer gearteten Differenzen bedroht ist.

Zwei Fragen standen im deutschen Hauptquartier und stehen für die große Oeffentlichkeit noch heute im Vordergrund des Interesses. Um mit der Polenfrage zu beginnen, die insbesondere für die Monarchie eine kaum zu überschätzende Bedeutung hat, so bezieht sich nach allem, was man in unterrichteten Kreisen darüber hört, das grundsätzlich erzielte Einvernehmen darauf, daß den Polen die unter bestimmten Voraussetzungen freie Königswahl zugestanden werden soll. Das entscheidende Wort in bezug auf die Persönlichkeit, die sie an die Spitze ihres neuen Staates stellen wollen, bleibt den Polen vorbehalten. Die Gesamtheit der Voraussetzungen, durch die allein, wie erwähnt, die Freiheit zur Wahl eines Staatsoberhauptes beschränkt wird, läßt sich kurz so ausdrücken: man ist in dem Grundsätze übereingekommen, daß schon in dieser Wahl die Verknüpfung der beiden Mittelmächten und den Polengemeinsamen Interessen in die Erscheinung treten muß, daß schon die Königswahl den unausweichlichen Bedürfnissen Oesterreich-Ungarns und auch Deutschlands Rechnung zu tragen haben wird. In welcher Weise diese Interessenübereinstimmung sachlich festzulegen und zu sichern sein wird, das zu entscheiden, wird Aufgabe der Einzelberatungen sein, zu denen die Polen gleichfalls herangezogen und bei denen sie in die Lage gesetzt werden sollen, ihre Auffassungen und Wünsche zur Geltung zu bringen. Es ist klar, daß von der Entscheidung, die das polnische Volk in bezug auf die Person des künftigen Königs treffen wird, die Methoden zur Herstellung und Sicherung des Zusammenhanges mit den Interessen der Mittelmächte abhängen müssen. Jedenfalls dürfen wir erwarten, daß durch den im deutschen Hauptquartier erteilten Impuls die Lösung der polnischen Frage in rascheren Fluß gekommen ist und daß man die für abschließliche Regelungen erforderlichen Verhandlungen nunmehr ungehemmt aufnehmen und mit Energie zu Ende führen wird.

Die zweite Hauptfrage, die sich auf die gegenwärtigen Grundsätze für die Kriegs- und Friedenspolitik der Mittelmächte bezieht, ist dadurch noch aktueller geworden, daß man in einzelnen Kreisen gemeint hat, als ein Ergebnis der Beratungen im deutschen Hauptquartier eine Art grundsätzlicher Abneigung annehmen zu dürfen gegen jeden Versuch, durch politische Mittel die Herbeiführung des Friedens zu erleichtern. Wir haben den bestimten Eindruck, daß dies eine irrige Auffassung ist, und unsere Ueberzeugung stützt sich wesentlich auch darauf, daß unser Minister des Aeußern schon während seiner ersten Amtsführung auf dem Ballhausplatz eine ganz bestimmte Politik in der Friedensfrage inaugurirt und erst kürzlich in seinen amtlichen Mitteilungen an die Ministerpräsidenten der Monarchie gezeigt hat, daß er durch alle Wechselfälle des Krieges hindurch an dieser Politik festzuhalten entschlossen ist. Der österreichisch-ungarischen Oeffentlichkeit ist der Standpunkt des Grafen Burian bekannt und vertraut, er ist von ihr durchaus gebilligt. Was Oesterreich-Ungarn anbelangt, so kann man diese Feststellung mit der Gewißheit machen, daß ihr von keiner maßgebenden Partei oder Gruppe widersprochen wird. Kriegsführung bis zum Aeußersten, solange die Entente auf ihre Vernichtungspolitik nicht verzichtet, aber zugleich unablässige Aufmerksamkeit in der Richtung, daß jeder Möglichkeit, die sich in welcher Weise immer der Diplo-

matie für eine unblutige Lösung der offenen Probleme darbietet, unverzüglich nähergetreten werden muß: das ist das einfache Programm des Grafen Burian, und indem wir es in seiner ganzen wärmenden Bedeutung und in seinem Zusammenhang mit der allein und wahrhaft vollständigen Auffassung der Kriegs- und Friedensfragen erfassen, empfinden wir eine besondere Genugtuung darüber, daß die in den amtlichen Mitteilungen betonte völlige Einigkeit der Verbündeten sich ganz gewiß auch auf diesen Kernpunkt der gesamten internationalen Politik der Mittelmächte bezieht.

Prinz Radziwill und Graf Konikler über die Beratungen im Großen Hauptquartier.

Warschau, 17. August.

Einem Vertreter des Przeglad Poranni gegenüber äußerte sich der Direktor des politischen Staatsdepartements Prinz Radziwill über seine Reise ins Große Hauptquartier dahin, daß er von ihr sehr befriedigt sei.

Graf Adam Konikler, der Berliner Delegierte der polnischen Regierung, teilte Pressevertretern mit, daß die Aussichten für die Entwicklung der polnischen Frage, wenn man aus dem ganzen Verlaufe der Konferenz Schlüsse ziehen wolle, günstig stünden, und fügte hinzu, daß das Programm, das wir ins Große Hauptquartier mitgenommen haben, alle Aussicht auf Verwirklichung habe. Es werden natürlich noch weitere Verhandlungen notwendig sein, diese sind aber nicht mehr grundsätzlicher Natur.

Eine Friedensaktion der Interparlamentarischen Union.

Eine englische Abgabe.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Haag, 18. August.

Das Holländische Nieuwsbureau meldet aus London:

Lord Keardale, der Präsident der Interparlamentarischen Union, richtete einen offenen Brief an die britische Presse, in dem er sagt:

Professor Quibbe, Professor Lammash und Bischof Frankoi haben ein Schreiben an den Generalsekretär der Interparlamentarischen Union in Christiania mit der Aufforderung gefandt, die einzelnen Gruppen der Union in den kriegführenden Ländern aufzufordern, durch eine allgemeine Abstimmung drei Abgeordnete zu beauftragen, die Friedensmöglichkeiten zu untersuchen. Zwar kenne ich die Ansichten, die Quibbe, Lammash und Frankoi seit Kriegsbeginn immer über den Krieg gehabt haben, ich bin aber doch der Meinung, daß ein solcher Versuch, wie er vorgeschlagen wurde, durch die britische Gruppe der Union nicht in Frage kommen würde. Wenn ich auch jeden ehrlichen Friedensversuch mit Freude begrüßen würde, so müssen wir dennoch die Vorbedingung stellen, daß die Besprechungen öffentlich durchgeführt werden und nicht in geheimen diplomatischen Verhandlungen und Abstimmungen. Ich bin fest überzeugt, daß auch die Gruppen der Interparlamentarischen Union in den übrigen kriegführenden alliierten Ländern meine Auffassung teilen werden.